Ressort: Politik

SPD will höherem Grundfreibetrag zustimmen

Berlin, 12.12.2012, 06:56 Uhr

GDN - Unmittelbar vor der Sitzung des Vermittlungsausschusses hat NRW-Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD) die Zustimmung seiner Partei zu einem höheren steuerlichen Grundfreibetrag signalisiert. "Die Anhebung des Grundfreibetrags ist eine verfassungsrechtliche Verpflichtung. Das ist unstrittig", sagte Walter-Borjans der "Rheinischen Post".

Allerdings dürfe das Geld nicht "ausgerechnet bei den Kleinverdienern wieder eingespart werden", warnte der SPD-Politiker. Die Korrektur des Grundfreibetrags führe zu Mindereinnahmen von zwei bis 2,7 Milliarden Euro bei Bund und Ländern. "Für NRW also rund 200 bis 270 Millionen Euro", so Walter-Borjans. Der SPD-Politiker kritisierte, dass die Anhebung des Grundfreibetrags nicht nur die unteren und mittleren Einkommensbezieher, sondern auch den Gutverdienenden zugutekomme. "400 bis 600 Millionen Euro Steuersenkung kommen dadurch allein denen zugute, die über 50 000 Euro im Jahr zu versteuern haben. Die Anhebung nützt nur einer Gruppe nichts: Denen, die unter 8.000 Euro im Jahr haben."

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-3987/spd-will-hoeherem-grundfreibetrag-zustimmen.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619